

Berner Politik

Die links-grüne Unterdrückung

Magdalena Martullo*
über den Stadt-Land-Konflikt



Das Bundesamt für Statistik zeigt: Der politische Graben zwischen Stadt und Land tritt immer häufiger auf. Europa, Ausländer, Umwelt – gerade in den heissen Themen sind Stadt und Land uneinig. Die bevölkerungsstarken Städte dominieren immer mehr Abstimmungen. Neun der zehn grössten Schweizer Städte sind links-grün regiert. Mit immer mehr Vorschriften und Verboten greifen sie in die bürgerlich-liberalen Grundwerte der Schweiz ein und untergraben den Zusammenhalt.

Die verwöhnten Städter leben in einer anderen Welt. Weil sie den ÖV vor der Haustüre haben, sollen auch alle anderen auf das Auto verzichten oder mehr dafür bezahlen. Ihnen ist es gleichgültig, dass viele ausserhalb auf ein Auto angewiesen sind. Parkplätze werden reduziert, Staus in Kauf genommen und weil die Treibstoffzölle schwächer sprudeln, soll von den Eindringlingen noch ein saftiger Road Price kassiert werden!

Offene Grenzen, Kriminalität, Asyl- und Sozialmissbrauch – die linksgrünen Städte machen es vor. Ihre Sozialhilfequote ist doppelt so hoch wie auf dem Land. Als Hauptstädte beherbergen sie viele gutverdienende Beamte mit neuen Büroarbeitsplätzen, hervorragenden Sozialleistungen und grosszügigen Abfindungen bei einem Arbeitswechsel. Im gemeinnützigen Wohnungsbau und bei der staatlich finanzierten Kinderbetreuung sind sie führend. Ihre Kulturinstitutionen sind subventioniert. Diesen kostspieligen Lebenswandel finanzieren die Städter nicht selbst. Sie können ihn sich nur leisten, weil ihn die Landbevölkerung in erheblichem Ausmass mitfinanziert. So erhalten die Städte vom Land «Zentrums-lastenentschädigungen», «Abgeltung für Sonderlasten», «Bildungs-» und «Kulturbeiträge». Der ÖV und die Sozialleistungen werden von Bund und Kantonen berappt.

Doch damit nicht genug: Immer mehr schreiben die Links-Grünen den Bergregionen auch noch vor, wie sie zu leben, zu essen, zu wohnen und zu reden haben. Immer radikaler greifen sie mit ihrer Ideologie des allmächtigen Staates auf dem Land in die Freiheit der Bürger ein. Während die Städter in ihren Genossenschaftswohnungen kaum von Kosten neuer Heizvorschriften betroffen sind, begegnen den Hauseigentümern und Mietern auf

dem Land empfindliche Umbaukosten. Man bürdet der Landbevölkerung die aggressiven Wölfe auf, zwingt aber die Haushunde in den Stadtparks an die Leine. Den wachsenden Tourismusgebieten erlaubt man keine Erst- und Zweitwohnungen mehr und baut in Chur im grossen Stil (bei 15 Kränen hörte ich mit zählen auf...). Ja, in Chur wurden die Zweitwohnungsinitiative, das Jagdgesetz und auch das CO₂-Gesetz angenommen! Auch Chur wählt hauptsächlich links-grün und hat bei den letzten Nationalratswahlen die SP-Doppelvertretung in Bern herbeigeführt. Obwohl die SP im Kanton nur rund die Hälfte der Stimmen der SVP erhielt, stimmen nun im Nationalrat doppelt so viele Bündner Stimmen gegen die Landwirtschaftsvorlagen, für Raumplanungsvorschriften, Verbote und Verteuerungen unter grünem Deckmantel, gegen jegliche Tourismusedwicklungen, für komplette Corona-Lockdowns, etc., etc.

Dieses Treiben muss ein Ende haben! Mit dem Verschweigen von unangenehmen Tatsachen zementieren wir die Stadt/Land-Probleme nur. Gehen wir sie offen an und setzen wir wieder auf Freiheit und Selbstverantwortung – Werte, die die Schweiz stark gemacht haben!

* Magdalena Martullo ist SVP-Nationalrätin. In der Rubrik «Berner Politik» kommen die Bündner Mitglieder der eidgenössischen Räte abwechselnd zu Wort.